



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

04.06.2025	stern.de: Tschechien beauftragt Südkoreaner KHNP mit Bau neuer Kernreaktoren	3
	<b>Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV</b>	<b>4</b>
05.06.2025	n-tv online: Mecklenburg-Vorpommern: CDU fordert 20 Prozent Stellenabbau bis 2035 beim Land	5

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



## Tschechien beauftragt Südkoreaner KHNP mit Bau neuer Kernreaktoren

4. Juni 2025 15:48 | Medienart: Online | Visits/Monat: 45.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Tschechien hat das südkoreanische Unternehmen KHNP mit dem Bau zweier neuer Kernreaktoren beauftragt. Der Vertrag sei unterzeichnet worden, sagte Regierungschef Petr Fiala am Mittwoch. Die Unterzeichnung hatte sich zuvor wegen einer Gerichtsentscheidung verzögert, Hintergrund war eine Beschwerde des französischen Wettbewerbers EDF, der die Ausschreibung gegen KHNP verloren hatte. KHNP soll zwei neue Reaktoren im Kraftwerk Dukovany im Süden Tschechiens bauen. Geplanter Baubeginn ist 2029, die Inbetriebnahme für den ersten der beiden Reaktoren im Testbetrieb wird für 2036 anvisiert.

Der Vertrag mit KHNP sollte ursprünglich im März finalisiert werden. EDF legte jedoch Beschwerde bei der Wettbewerbsaufsicht gegen die Auftragsvergabe an KHNP ein, weshalb sich die Unterzeichnung verzögerte.

Die Behörde wies die Beschwerde zwar ab, die Franzosen reichten jedoch Klage ein. Daraufhin stoppte ein tschechisches Gericht Anfang Mai erneut die Vertragsunterzeichnung. Die Entscheidung sei "präventiv", hieß es damals, um gegebenenfalls ein faires erneutes Vergabeverfahren zu ermöglichen, sollte die Klage Erfolg haben.

Ein höheres Gericht hob die Entscheidung jedoch am Mittwoch wegen Verfahrensfehlern auf, sodass die Regierung das Abkommen unterzeichnen konnte. "Wir haben unser Bestes getan, um sicherzustellen, dass das Abkommen unterzeichnet werden kann, sobald die rechtlichen Hindernisse beseitigt sind", sagte Fiala. Zuvor hatte er bereits betont, das Angebot der Südkoreaner sei "in allen Punkten besser bewertet" worden als das von EDF.

Der staatlich kontrollierte tschechische Energiekonzern CEZ betreibt neben Dukovany noch das Kernkraftwerk Temelin, ebenfalls in Südtschechien. Die beiden Kraftwerke machen etwa 40 Prozent der tschechischen Stromerzeugung aus. Mit den neuen sowie weiteren kleinen, modularen Reaktoren soll der Atomstromanteil bis 2050 auf 50 Prozent steigen. Regierungschef Fiala sprach von einem "grundlegenden Schritt auf dem Weg zu mehr Energiesicherheit und Autarkie".

## Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

 n-tv online

## Mecklenburg-Vorpommern: CDU fordert 20 Prozent Stellenabbau bis 2035 beim Land

5. Juni 2025 06:03 | Medienart: Online | Visits/Monat: 240.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Mehr Werbekampagnen, Hochglanz und Social Media, während die eigentliche Verwaltungsarbeit auf der Strecke bleibt? Die oppositionelle CDU fordert für die Landesregierung eine radikale Schlankheitskur.

Schwerin (dpa/mv) - Nach der Kritik des Landesrechnungshofs an immer mehr Personal in den Schweriner Ministerien fordert die oppositionelle CDU eine radikale Schlankheitskur für die Regierung. "Allein um der Wirtschaft nicht einen immer höheren Anteil der verfügbaren Fachkräfte zu entziehen, müssen bis 2035 mindestens 20 Prozent der Stellen in der Kernverwaltung wegfallen", forderte der Fraktionsvorsitzende der Union im Landtag, Daniel Peters.

"Mit einer echten Digitalisierungsoffensive ist das angesichts der vielen ruhestandsbedingten Personalabgänge problemlos zu realisieren", zeigte er sich überzeugt. Er kündigte einen umfassenden Vorschlag seiner Fraktion für die nächste Landtagssitzung an. Sämtliche Effizienzpotenziale müssten gehoben werden, forderte Peters. "Durch Entbürokratisierung, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Automatisierung und Robotik."

### 22 Prozent mehr Personal in letzten zehn Jahren

Die Prüfer des Landesrechnungshofs hatten herausgefunden, dass die Zahl der Stellen in der Staatskanzlei und den acht Ministerien - die sogenannten obersten Landesbehörden - in den letzten zehn Jahren um 22 Prozent gestiegen ist. Eine Ebene darunter - in den oberen und unteren Landesbehörden einschließlich Lehrkräften und Polizei - stieg die Zahl der Stellen demnach um 10,8 Prozent. Die Zahl der Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns ist im gleichen Zeitraum leicht gesunken.

Peters warf der rot-roten Landesregierung vor, kein wirksames Konzept zu haben, um die Zahl der Stellen in der Landesverwaltung der demografischen Entwicklung anzupassen. "Im Gegenteil, die Zahl der Stellen ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen, in der Staatskanzlei und den Ministerien sogar doppelt so stark wie in der Landesverwaltung insgesamt."

Staatskanzlei und Ministerien hätten sich für politische Steuerung, Strategie, Rechtsetzung und Aufsicht viele neue Stellen gegönnt, so Peters. "Also mehr Werbekampagnen, mehr Hochglanz, mehr Social Media - während die eigentliche Verwaltungsarbeit auf der Strecke bleibt."